

Die Arbeiter_innen, der Autoritarismus und die AfD. Einige Daten aus Runde 9 des European Social Survey

[Version 1.1, 3. Februar 2020, 12:30, mit kleineren Korrekturen, sowie Ergänzungen zu LGBT-Rechten (Abschnitt 3.5), Geschlecht (Abschnitt 3.6) und der Gruppe ökonomisch links eingestellter AfD-Wähler_innen (in Abschnitt 4)]

Link zum Blogbeitrag: http://blog.florisbiskamp.com/2020/02/02/die-arbeiter_innen-der-autoritarismus-und-die-afd

Inspiriert von einigen [Tweets von Tarik Abou-Chadi](#) sowie [einem Artikel von Daniel Oesch und Line Rennwald aus dem Jahr 2018](#) habe ich basierend auf Daten aus der [neusten Runde des European Social Survey](#) (noch mehr) Daten darüber herauspräpariert, wer AfD wählt und wer nicht. Dabei handelt es sich nicht um Ergebnisse eingehender statistischer Analysen, sondern lediglich um einen deskriptiven Überblick. Die Daten zeigen einmal mehr, dass AfD-Wähler_innen sich in erster Linie nicht durch einheitliche soziodemographische Merkmale (ökonomische Situation, Alter etc.), sondern vor allem durch ihre politischen Positionen zu einigen wenigen Themen auszeichnen, insbesondere durch die Ablehnung von Migration und in geringerem Maße durch die Ablehnung von europäischer Integration. Diese Einstellungen sind unter Produktionsarbeiter_innen am weitesten verbreitet, wo auch die AfD am stärksten abschneidet. Jedoch bieten die Daten wenig Evidenz dafür, dass linke Parteien viel gewinnen könnten, indem sie sich soziokulturell eher in Richtung des Pols traditionell-autoritär-national orientieren, wie einige fordern. Es gibt eine für „Rückgewinnungs“-Aktionen demokratiepolitisch wesentlich relevantere Gruppe als die AfD-Wähler_innen, nämlich die Nichtwähler_innen – und diese sind zwar im Mittel etwas weniger progressiv als der gesellschaftliche Durchschnitt, aber nicht ausgesprochen autoritär eingestellt. (Die hier präsentierten Daten dienen zugleich der Unterfütterung eines Artikels über die Krise der Sozialdemokratie, der in der nächsten Ausgabe des Leviathan erscheint.)

1. Was haben die Daten, das andere nicht haben?

Die Debatten darüber, wie der Aufstieg der AfD zu erklären ist, wer sie warum wählt und wie die anderen Parteien agieren sollten, sind wahrlich lang und breit genug. Auch an empirischen Daten besteht kein Mangel: Nicht nur gibt es nach allen Bundes- und Landtagswahlen Nachwahlbefragungen, in denen Wähler_innen angeben, wer sie sind und wen sie warum gewählt haben, es gibt auch zahlreiche wissenschaftliche Studien, die diese Fragen behandeln.

Einige dieser Studien beruhen auf Regionaldaten: Sie schauen auf der einen Seite, in welchen Wahlkreisen oder Wahlbezirken die AfD wie gut abschneidet, und auf der anderen Seite, was diese Orte auszeichnet und wer dort wohnt (so gehen beispielsweise [Christian Franz, Marcel Fratzscher und Alexander Kritikos in einer DIW-Studie](#) oder [Philip Manow in seinem Buch](#) vor). Andere Studien beruhen auf Individualdaten: Sie analysieren auf Grundlage von Umfragedaten, was diejenigen, die angeben AfD zu wählen, sonst über sich

selbst und die Welt sagen (hierzu zählt beispielsweise die [Leipziger Autoritarismus-Studie](#)). Beide Vorgehensweisen haben je eigene Vor- und Nachteile.

Die folgenden Ausführungen gehören zur letzteren Gruppe, basieren also auf Individualdaten, nämlich aus denen der aktuellsten Runde des European Social Survey (ESS). Im Rahmen dieser Studie werden alle zwei Jahre Umfragedaten in europäischen Ländern erhoben und dann der Öffentlichkeit zur freien Verfügung gestellt – die hier genutzten Daten wurden 2018 erhoben und 2019 veröffentlicht.

In Bezug auf die oben angesprochenen Fragen bieten die ESS-Daten nichts bahnbrechend Neues, bilden aber doch eine interessante Ergänzung des Bekannten. Gegenüber den sattsam bekannten Daten aus Nachwahlbefragungen haben sie vor allem drei Vorteile: Erstens enthalten sie auch Informationen über diejenigen, die nicht zur Wahl gegangen sind – und das ist immerhin fast ein Viertel der Bevölkerung. Zweitens sind die Informationen über die Befragten sehr detailliert – diese werden eingehend über ihre Einstellung zu verschiedenen gesellschaftlichen Themen und über ihre persönliche Situation befragt. Drittens bietet [Daniel Oesch ein Skript](#) an, mit dessen Hilfe man die befragten Personen auf Grundlage ihrer Auskünfte über ihre persönliche ökonomische Situation in acht sozioökonomische Klassen einteilen kann – und dies ist analytisch sehr viel nützlicher als Einkommensgruppen oder die bloße Selbstauskunft aus Nachwahlbefragungen.

Ich habe die Daten des Surveys leicht aufbereitet¹ und dann eine Reihe von Grafiken erstellt, die ich im Folgenden präsentiere. Zunächst illustriere ich aufgeschlüsselt nach Klassen, Einkommensgruppen, Geburtsjahrgängen und Bildungsabschlüssen, wer wen wählt (2).

¹ Ich habe mit den Daten Folgendes getan:

1. Ich habe alle Länder außer Deutschland aus dem Datensatz genommen.
2. Ich habe alle ab 1999 Geborenen, sowie alle Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft aus dem Datensatz genommen, um nur Daten von Personen zu haben, die 2017 wahlberechtigt waren.
3. Danach bin ich davon ausgegangen, dass alle „not applicable“-Antworten auf die Frage nach der Wahlentscheidung bei den Bundestagswahlen auf Nichtwähler_innen verweisen.
4. Ich habe die (insgesamt nur sechs) Wähler_innen von Piratenpartei und NPD den „Anderen“ zugeschlagen.
5. Ich habe die Fälle mithilfe des [Skripts von Daniel Oesch](#) in die acht Klassen eingeteilt, die Oesch und Rennwald in ihrem Artikel nutzen. Das Skript ist offiziell nur für Runde 6 des ESS ausgelegt, jedoch fielen mir bei der Anwendung auf Runde 9 keine Probleme auf. Die Ergebnisse sind konsistent mit den Erwartungen auf Grundlage älterer Studien.
6. Ich habe die von Oesch und Rennwald genutzten Variablen („Government should reduce differences in income levels“, „Country's cultural life undermined or enriched by immigrants“, „European Union: European unification go further or gone too far“, „Gays and lesbians free to live life as they wish“) so reskaliert, dass sie jeweils von -1 („prosozialistisch“ auf der sozioökonomischen Achse bzw. „traditionell-autoritär-nationalistisch“ auf der soziokulturellen Achse) bis +1 („prokapitalistisch“ auf der sozioökonomischen Achse bzw. „grün-alternativ-libertär“ auf der soziokulturellen Achse) reichen.
7. Ich habe die drei von Oesch und Rennwald für die sozioökonomische Achse genutzten Variablen („Country's cultural life undermined or enriched by immigrants“, „European Union: European unification go further or gone too far“, „Gays and lesbians free to live life as they wish“) durch Mittelwertbildung zu einer einzigen Variablen für die soziokulturelle Position kombiniert.
8. Ich habe die Fälle auf der individuellen Fallebene gewichtet, um die Abweichung von der im Survey angegebenen Wahlentscheidung zu den realen Wahlergebnissen auszugleichen. Diese Gewichtung führt dazu, dass die Daten von AfD-Wähler_innen 1,66-fach, die von Nichtwähler_innen 2-fach und die von Grünenwähler_innen 0,44-fach gewichtet wurden. Diese Art der Gewichtung geht davon aus, dass diejenigen, die im Survey angeben, AfD (oder grün) gewählt zu haben, repräsentativ für die realen AfD-Wähler_innen (oder Grünen-Wähler_innen) sind. Das wäre der Fall, wenn die Wahlentscheidung und die anderen Angaben in ähnlicher Weise von sozialer Erwünschtheit und Non-Response betroffen wären. Jedoch zeigt sich bei den Einkommenszentilen (s. unten) immer noch eine Ungleichgewichtung.

Anschließend gehe ich orientiert an Oesch und Rennwald darauf ein, welche politischen Positionen zu ökonomischen und soziokulturellen Fragen die verschiedenen Gruppen vertreten (3), schaue mir ausgewählte Gruppen etwas genauer an (4), bevor ich einige abschließende Interpretationen formuliere (5).

2. Wer wählt wen? Wahlentscheidungen nach Klassen, Einkommensgruppen, Geburtsjahrgängen und Bildungsabschlüssen

Die Proband_innen des ESS wurden auch gefragt, wen sie bei der letzten nationalen Wahl gewählt haben. Weil die Daten 2018 erhoben wurden, beziehen sich die Antworten entsprechend auf die Bundestagswahl 2017 (soweit die Befragten sich noch korrekt daran erinnerten und nicht aus Versehen an eventuell dazwischenliegende Landtagswahlen dachten oder daran, wen sie rückblickend gerne gewählt hätten).

Ich habe die Ergebnisse auf vier Weisen aufgegliedert: nach Klasse, Einkommen, Bildungsstatus und Geburtsjahrgang. Dabei stelle ich die Wahlentscheidungen jeweils wiederum in vier Grafiken dar, die je etwas andere Informationen bieten: Auf der linken Seite sind immer nur die Wähler_innen verzeichnet, auf der rechten Seite alle Wahlberechtigten inklusive der Nichtwähler_innen. In den oberen Panels sind die Balken auf 100% skaliert, so dass man sehen kann, wieviel Prozent der jeweiligen Gruppe (z.B. der Kleinunternehmer_innen) für welche Partei stimmte (oder eben gar nicht). In den unteren Panels sind die Balken auf die Grundgesamtheit der Wähler_innen (unten links) oder der Wahlberechtigten (unten rechts) skaliert, sodass man jeweils sehen kann, wie groß der Beitrag der einzelnen Gruppe zum Gesamtergebnis der Parteien ist (oder im Falle der Nichtwähler_innen: hätte sein können).

2.1 Wahlentscheidung nach Klasse

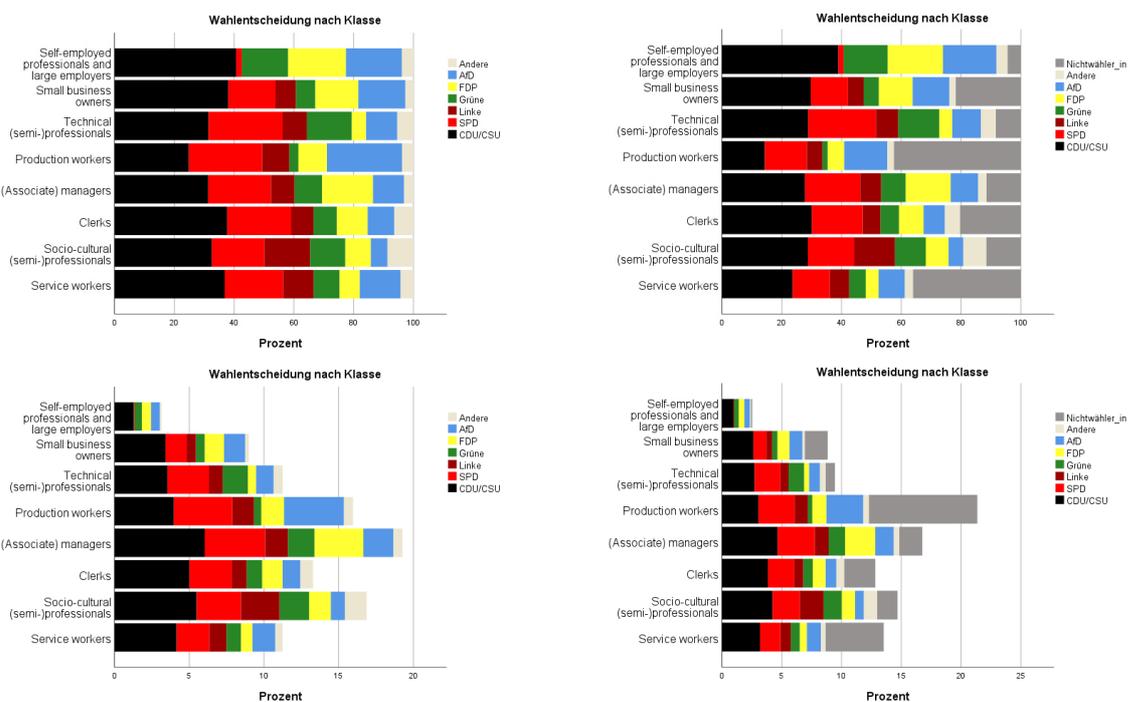


Abbildung 1: Wahlentscheidung nach Klasse

Betrachtet man die Ergebnisse nach den Klassen von Oesch, zeigt sich links oben das erwartete Bild, dass Produktionsarbeiter_innen mit Abstand den größten Anteil an AfD-Wähler_innen aufweisen, gefolgt von Klein-, Mittel- und Groß-Unternehmer_innen sowie Dienstleistungsarbeiter_innen. Bei den Produktionsarbeiter_innen sind CDU/CSU, SPD und AfD in etwa gleich stark.

Bezieht man das Panel rechts oben ein wird aber deutlich, dass das eigentlich hervorstechende Merkmal unter Produktions- und Dienstleistungsarbeiter_innen das Nichtwählen ist: Knapp über bzw. knapp unter 40% der Wahlberechtigten aus diesen Klassen ging nicht zur Wahl. Rechts unten sieht man die Folgen: Während die Produktionsarbeiter_innen unter den Wahlberechtigten zahlenmäßig mit Abstand die stärkste Klasse sind, werden sie bei der Stimmabgabe von zwei kleineren Klassen überstimmt. Über das demokratiepolitische Problem von ungleicher Repräsentanz durch Nichtwahl haben [Armin Schäfer und Lea Elsässer ausführlich gearbeitet](#).

Links unten sieht man, dass die Arbeiter_innen auch mit Abstand den größten Teil (aber auch wenn man beide Klassen von Arbeiter_innen zusammennimmt, nicht die absolute Mehrheit) der AfD-Wähler_innen stellen. Während SPD und CDU ihre Wähler_innen relativ gleichmäßig aus allen Klassen rekrutieren (von der Schwäche der SPD bei Unternehmer_innen abgesehen) und in diesem Sinne durchaus noch Volksparteien sind, ist die Basis von Grünen, Linkspartei und FDP etwas ungleicher verteilt.

2.2 Wahlentscheidung nach Einkommen

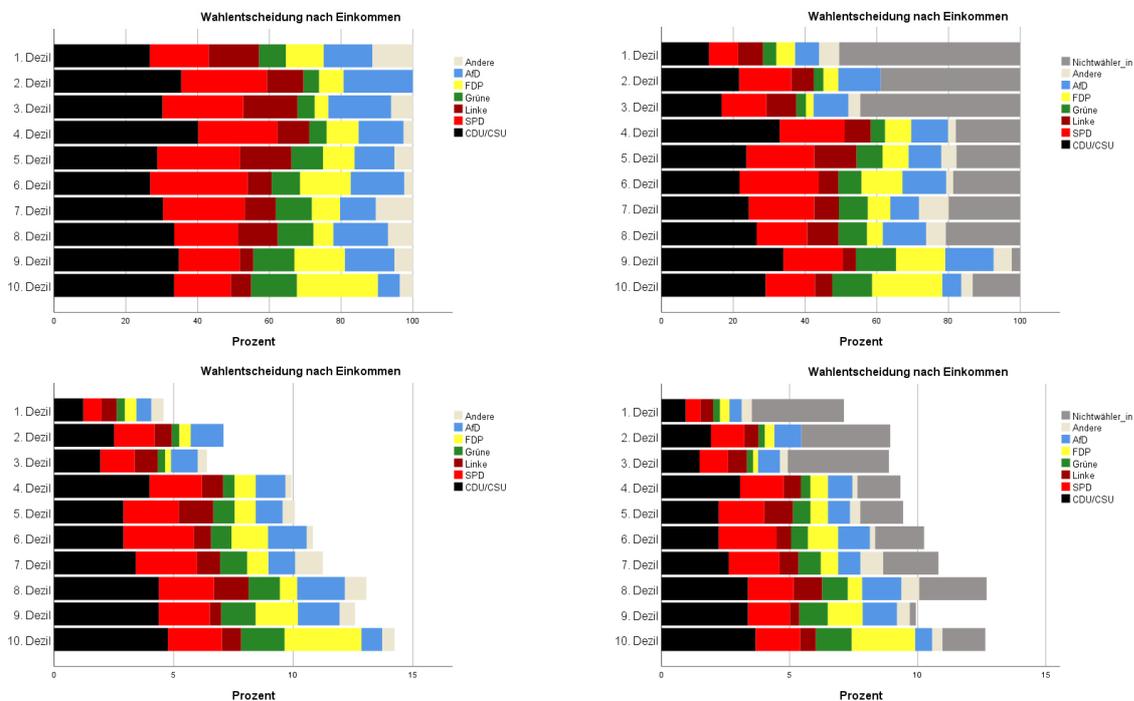


Abbildung 2: Wahlentscheidung nach Einkommen

Sortiert man die Ergebnisse nach Einkommensgruppen (1. Dezil = das Zehntel der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen; 10. Dezil = das Zehntel der Bevölkerung mit

dem höchsten Einkommen usw.), zeigt sich ein in mancher Hinsicht ähnliches, aber weniger klar konturiertes Bild. Links oben wird sichtbar, dass Grüne und FDP bei den höheren Einkommensgruppen stärker sind, die Linkspartei bei den niedrigeren, die SPD dagegen bei den niedrigen bis mittleren, nur nicht bei der untersten. Die AfD ist recht gleichmäßig über die Einkommensgruppen verteilt, hat ihre stärksten Ergebnisse aber im zweiten und dritten Dezil. Rechts oben sieht man, dass Nichtwählen bei den untersten drei Dezilen sehr stark ausgeprägt ist, darüber in Form einer recht scharfen Stufe abnimmt. Rechts unten sieht man wahrscheinlich einen Datenfehler: Die zehn Dezile müssten per Definition gleich stark sein, aber anscheinend ist die Bereitschaft, an einem Survey teilzunehmen, ungleich verteilt.²

Links unten sieht man in Bezug auf den Beitrag der einzelnen Dezile zur AfD-Wähler_innenschaft, dass sich die Ergebnisse der oberen beiden Panels gewissermaßen ausgleichen: Zwar erzielt die Partei unter den Wähler_innen des zweiten und dritten Dezils die höchsten Ergebnisse, zugleich ist hier die Wahlbeteiligung sehr niedrig. Somit tragen das sechste, achte und neunte Dezil insgesamt mehr zur Wähler_innenbasis der AfD bei als die untersten.³

2.3 Wahlentscheidung nach höchstem Bildungsabschluss

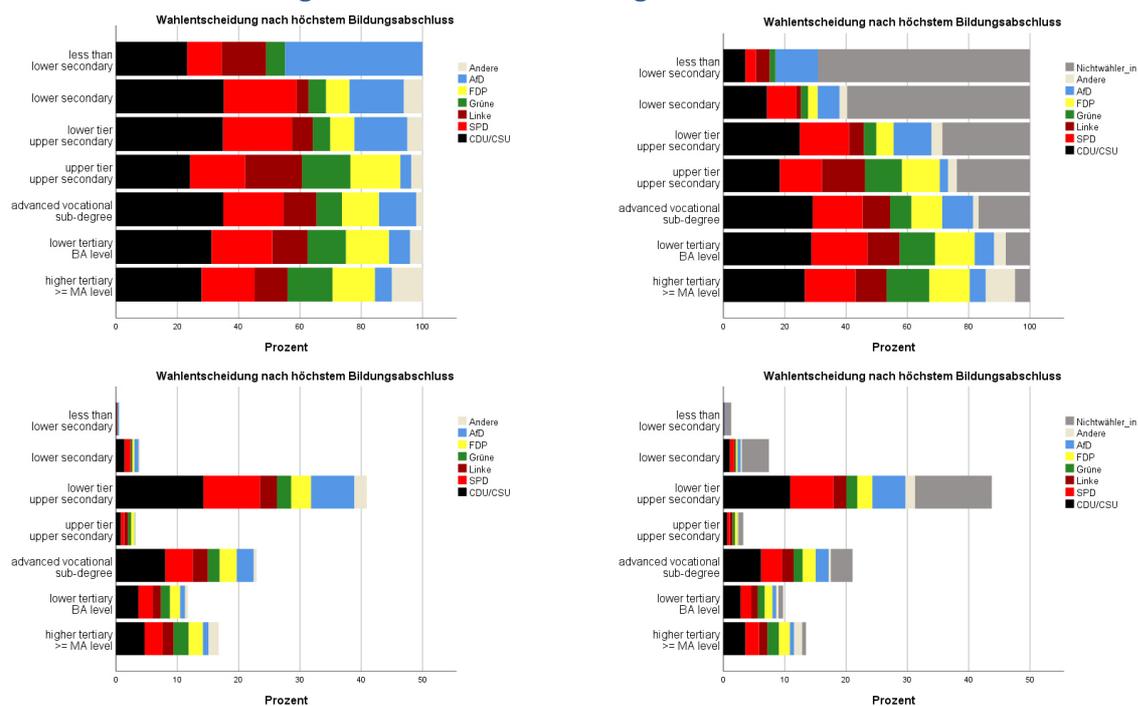


Abbildung 3: Wahlentscheidung nach höchstem Bildungsabschluss

² Womöglich ergibt sich das Problem zumindest in Teilen daraus, dass die Einkommensdezile auch Nichtstaatsbürger_innen beinhalten, die aber ungleich verteilt sind und hier aus dem Datensatz genommen wurden. Wenn nicht, wäre die Ungleichverteilung durch eine Gewichtung der Fälle auszugleichen. Jedoch enthält der ESS-Datensatz der Runde 9 für Deutschland keine entsprechenden Gewichtungsvariablen (pspweight existiert nicht, dweight ist für alle deutschen Fälle 1). Weil das unterrepräsentierte erste Dezil aber ohnehin überwiegend aus Nichtwähler_innen besteht, würde eine Gewichtung nach Einkommen an den hier relevanten Ergebnissen wohl wenig ändern. Zudem sind die Fälle bereits recht ungleich gewichtet (s. Fußnote 1), sodass ich von einer weiteren Gewichtung abgesehen habe.

³ Weil eine Korrektur des eben angesprochenen Fehlers vor allem das erste, achte und zehnte Dezil beträfe, würde das an diesem Ergebnis fast nichts ändern.

Analysiert man auf Grundlage der Bildungsabschlüsse, zeigt sich, dass die AfD bei Universitätsabsolvent_innen sehr schlecht abschneidet. Die unteren beiden Panels zeigen, dass die Partei ihre meisten Stimmen von denjenigen erhält, die zwar einen Sekundärschulabschluss, aber kein Abitur oder eine Berufsausbildung, aber keinen Universitätsabschluss haben.

2.4 Wahlentscheidung nach Geburtsjahrgang

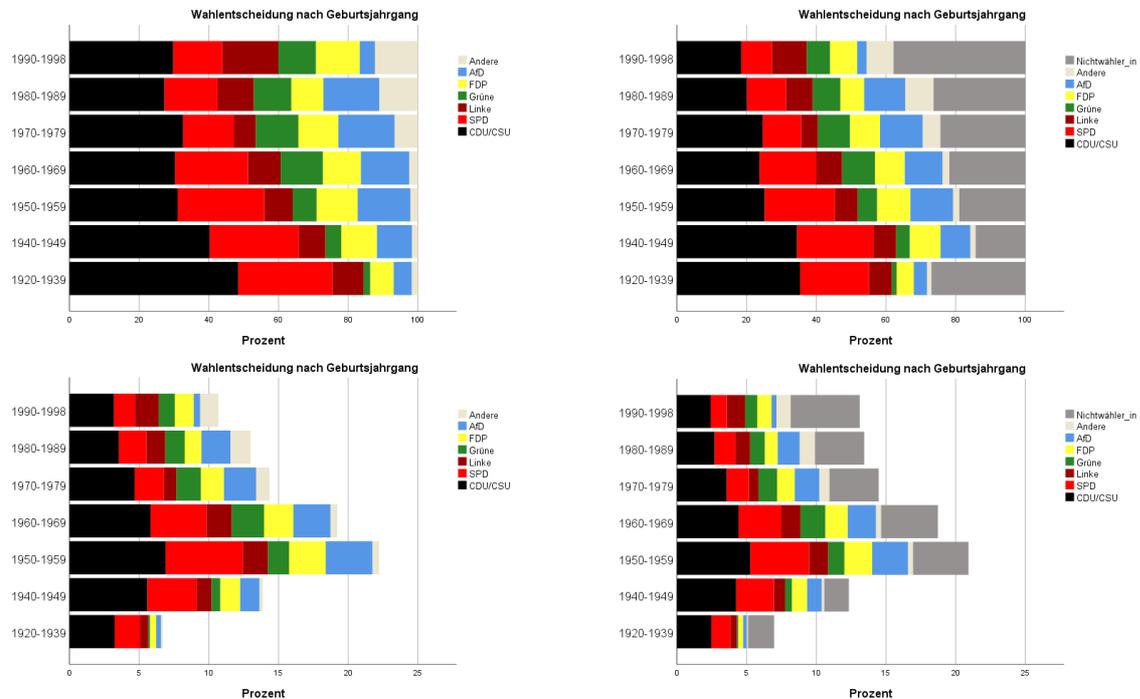


Abbildung 4: Wahlentscheidung nach Geburtsjahrgang

Gliedert man die Ergebnisse schließlich nach Altersgruppen auf, zeigt sich, dass vor allem die SPD ein Problem in der Altersstruktur hat: Bei den nach 1970 geborenen kommt sie jeweils nur auf 15 Prozent oder weniger, bei den älteren Jahrgängen ist sie dagegen auch im quantitativen Sinne noch eher eine Volkspartei. Die AfD schneidet bei den jüngsten und ältesten Gruppen schwach ab, bei den zwischen 1950 und 1989 Geborenen dagegen recht konstant. Das Fernbleiben von der Wahl findet sich leicht überproportional bei den Jüngsten und Ältesten, erweist sich aber insgesamt eher als Klassen- denn als Altersphänomen.

3. Welche politischen Positionen vertritt wer? Ökonomische und soziokulturelle Positionen nach Wahlentscheidung, Klasse, Einkommen und höchstem Bildungsabschluss

In der Aufbereitung der politischen Einstellungen bzw. Positionen der verschiedenen Gruppen orientiere ich mich an einem [Artikel von Daniel Oesch und Line Rennwald](#) aus dem Jahr 2018. Darin vertreten die beiden die These, dass sich die Parteisysteme der etablierten europäischen Demokratien zunehmend tripolar ausrichten: Erstens gebe es linke Parteien (Grüne, Linke, Sozialdemokrat_innen, Sozialist_innen), die sich ökonomisch links und soziokulturell progressiv-libertär aufstellten, zweitens Mitte-rechts-Parteien, die sich ökonomisch liberal und soziokulturell eher neutral aufstellten und drittens radikale

Rechtsparteien, die sich soziokulturell traditionell-autoritär-nationalistisch, ökonomisch eher neutral aufstellten. Diese drei Parteiengruppen konkurrierten um die acht Klassen, wobei einige der Klassen die gesicherte Basis eines Parteipols, andere eine zwischen zwei Polen umkämpfte Basis und wieder andere Gegenstand eines offenen Wettbewerbs seien.

Diese Situation stellen sie wie folgt dar – die linke Grafik repräsentiert ihre konzeptionellen Annahmen, die rechte Grafik ihre empirischen Ergebnisse basierend auf ESS-Daten für neun Länder von 2000 bis 2015. Auf der X-Achse ist jeweils die ökonomische Position, auf der Y-Achse die soziokulturelle Position verzeichnet. In der rechten Grafik stehen die weißen Kreise für die durchschnittliche Position der einzelnen Klassen, die schwarzen Vierecke für die durchschnittliche Position der Wähler_innen entsprechender Parteien.

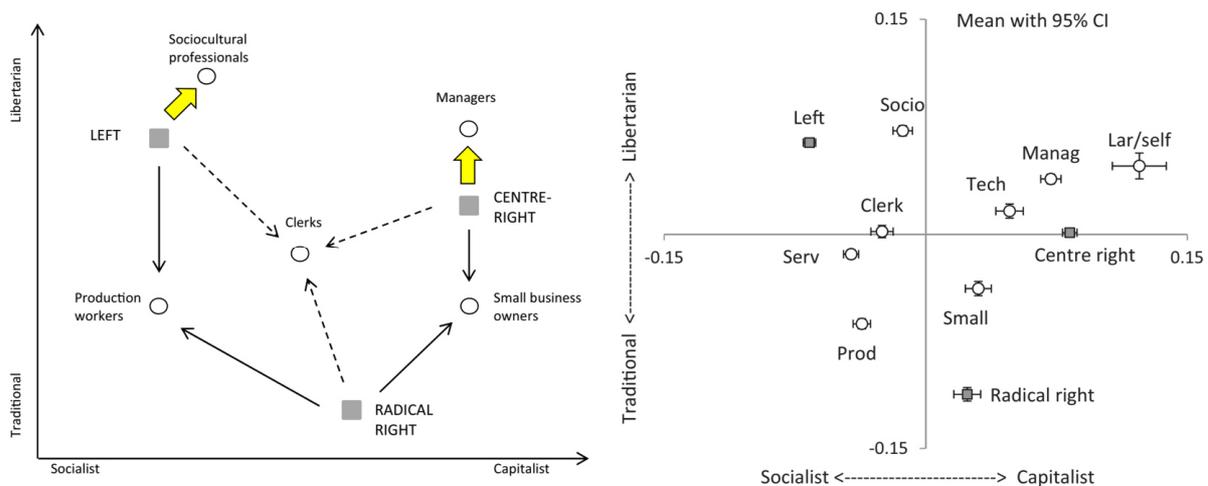


Abbildung 5: Zwei Grafiken aus dem Artikel von Daniel Oesch und Line Rennwald (2018, S. 787 und 795)

Weil es einen entsprechenden Parteienwettbewerb hierzulande erst seit dem Aufstieg der AfD gibt, die Daten aber immer erst mit einiger Verzögerung verfügbar sind, taucht Deutschland in der Analyse von Oesch und Rennwald nicht auf. Im Folgenden geht es zunächst darum, basierend auf den Daten der aktuellsten ESS-Runde zu prüfen, ob sich ein Bild ergibt, das dem von den beiden gezeichneten entspricht.

3.1 Diagramme nach Oesch und Rennwald orientiert am gesellschaftlichen Mittelwert

Die beiden oberen Panels zusammengenommen reproduzieren das Diagramm von Oesch/Rennwald – und die Ergebnisse ähneln sich durchaus. Zwar unterscheiden sich SPD, Linke und Grüne am linken Pol sowie FDP und Union am Mitte-rechts-Pol in erwartbarer Weise: die Sozialdemokrat_innen sind eher zentristisch, die Grünen eher progressiv, die Linken eher links; die FDP steht ökonomisch weiter rechts als die Union. Allerdings stehen sich die Parteien doch jeweils nahe genug, um eine Zusammenfassung in drei Pole plausibel erscheinen zu lassen, womit man recht genau beim bekannten Diagramm ankäme. Auch die Darstellung der Klassen rechts oben weicht nur in Details von der bekannten ab.

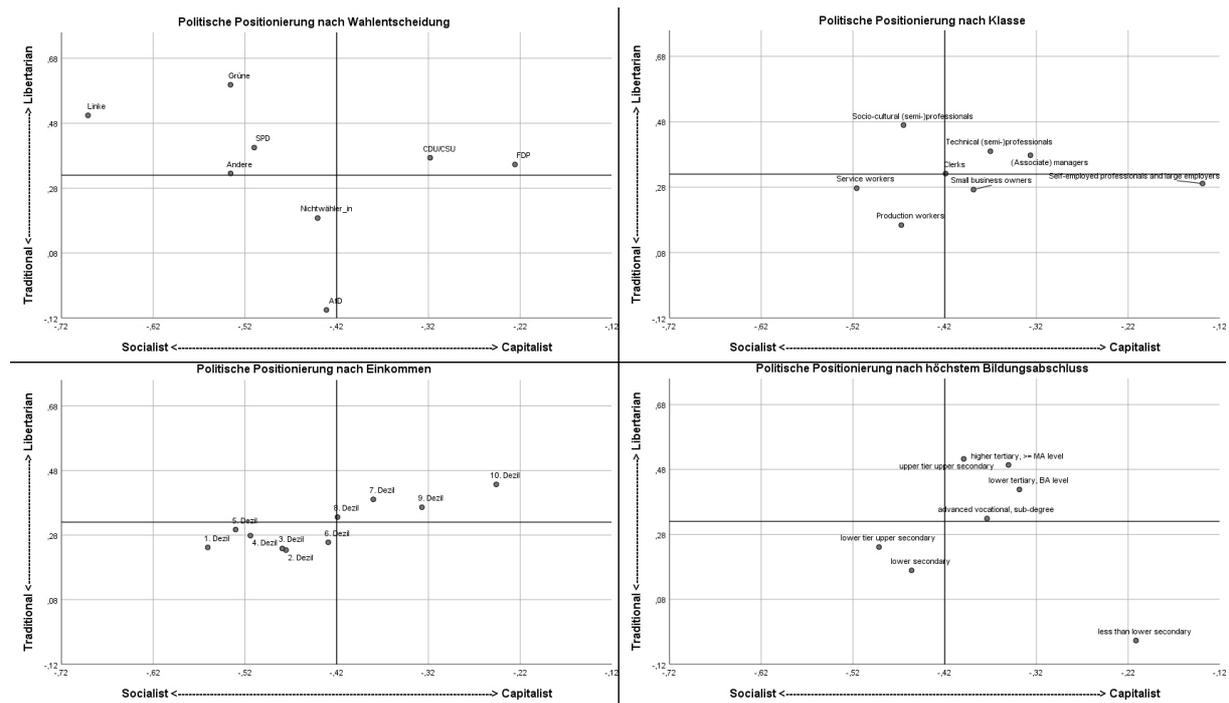


Abbildung 6: Politische Positionierung in X-Y-Diagrammen nach Oesch und Rennwald, zentriert um den gesellschaftlichen Mittelwert

In den unteren beiden Panels habe ich alternative Variablen in ähnliche Diagramme eingetragen. Links unten sind es wiederum die Einkommensgruppen. Diese sind auf der X-Achse recht weit gestreut, wobei die einkommensstarken Gruppen Umverteilung eher weniger, die einkommensschwachen Gruppen eher mehr befürworten. Es zeigt sich auch, dass die einkommensstarken Gruppen soziokulturell etwas progressiver sind – jedoch sind die Differenzen auf dieser Achse deutlich weniger ausgeprägt (und wie weiter unten sichtbar wird, auch weniger signifikant). Gruppiert man nach dem höchsten Bildungsabschluss, zeigt sich ein deutlicher Einfluss von Bildung auf die soziokulturelle Position aber eine unstete Auswirkung auf die ökonomische Position. Diese Ergebnisse entsprechen [neueren Arbeiten von Herbert Kitschelt](#), der die These vertritt, dass Einkommen die Einstellung zu sozioökonomischen Fragen, Bildung dagegen die zu soziokulturellen bestimme.

3.2 Diagramme nach Oesch und Rennwald orientiert an absoluten Skalen

Ein Problem der Diagramme von Oesch und Rennwald besteht darin, dass diese nur die *relative* Verteilung um den gesellschaftlichen Mittelwert angeben. Wer im Diagramm in der Mitte steht, ist also genau so progressiv oder autoritär wie der gesellschaftliche Durchschnitt, wer weiter oben steht, ist progressiver, wer weiter unten steht ist autoritärer. Eine solche Zentrierung macht durchaus Sinn, blendet aber wichtige Informationen aus: Will man wissen, wo die einzelnen Klassen und Wähler_innen stehen, wäre es auch wichtig zu wissen, wie sie sich *absolut* positionieren: Steht die durchschnittliche Produktionsarbeiter_in im Diagramm unten, weil sie stark homophob ist, oder nur, weil sie etwas weniger progressiv ist als der gesellschaftliche Durchschnitt? Um dies sichtbar zu machen, habe ich die entsprechenden Variablen anders als Oesch und Rennwald nicht von 0 bis 1, sondern von -1 bis +1 skaliert und die Schaubilder dann um den Nullpunkt zentriert.

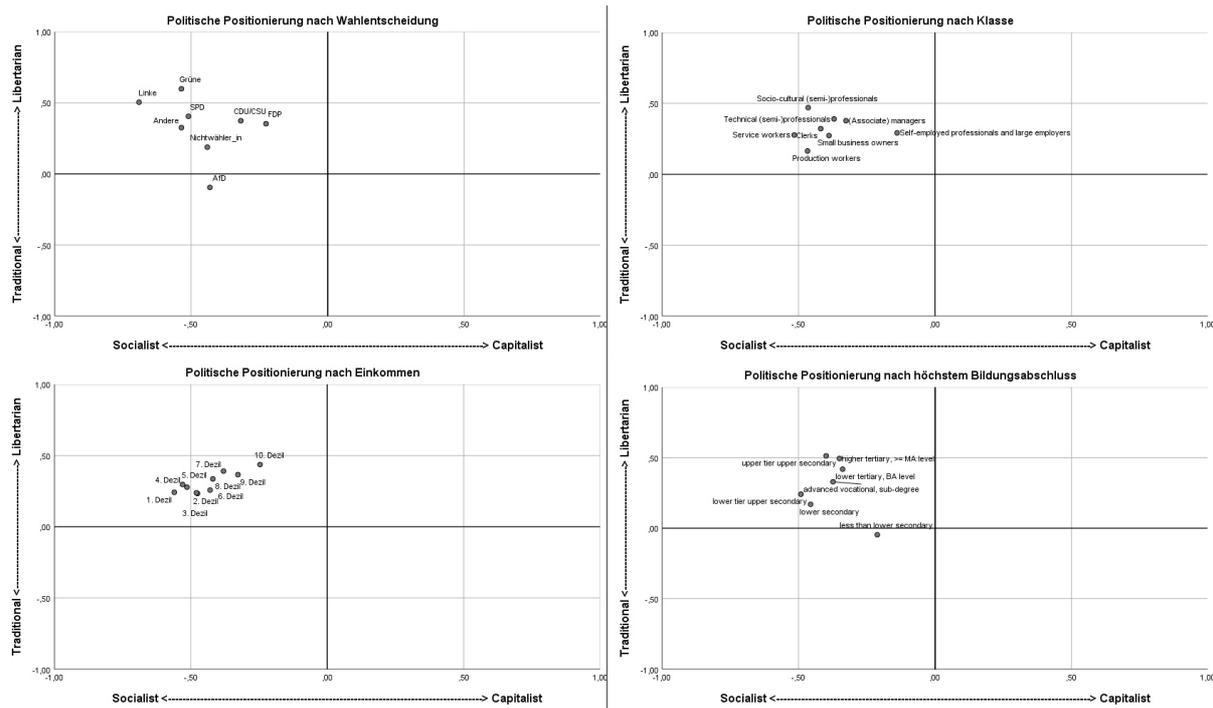


Abbildung 7: Politische Positionierung in X-Y-Diagrammen nach Oesch und Rennwald, zentriert um den absoluten Nullpunkt

Die ökonomische Dimension eignet sich dabei eher nicht für eine Diskussion in absoluten Werten. Sie basiert (Oesch und Rennwald und der in dieser Hinsicht dünnen Basis im ESS folgend) lediglich auf einem einzigen Item („Government should reduce differences in income levels“) zu dem die Befragten ihre Haltung auf einer Skala von 1 bis 5 angeben konnten. Auf dieser Basis kann man zwar festhalten, dass einige Gruppen stärker zustimmen als andere, allerdings kann man bei so einer abstrakten Frage kaum weitergehende Schlüsse aus der absoluten Positionierung ziehen. Täte man es doch, müsste man festhalten, dass ausnahmslos alle Gruppen eine Umverteilung durch die Regierung befürworten – was das genauer heißen soll, bleibt aber unklar.

In der soziokulturellen Dimension sieht es etwas besser aus. Hier habe ich (Oesch und Rennwald folgend) drei Items einbezogen: „Country's cultural life undermined or enriched by immigrants“, „European Union: European unification go further or gone too far“, „Gays and lesbians free to live life as they wish“. Hier konnten die Befragten ihre Zustimmung oder Ablehnung teils auf einer Skala von 0 bis 10, teils auf einer Skala von 1 bis 5 angeben. Diese Fragen sind immer noch nicht perfekt eindeutig, aber doch etwas konkreter und besser geeignet, um eine absolute Positionierung zu interpretieren. Bei solchen Fragen schlagen mit großer Wahrscheinlichkeit Effekte sozialer Erwünschtheit durch: Viele Befragte denken, dass sie sich liberal äußern müssen, wenn sie nicht unangenehm auffallen wollen. Entsprechend sind die Daten mit einer gewissen Vorsicht zu interpretieren. Allerdings sind Teile der sozialen Erwünschtheit wahrscheinlich durch die bei der Datenaufbereitung vorgenommene Gewichtung ausgeglichen⁴ und die Ergebnisse kaum in Gänze auf soziale Erwünschtheit zurückzuführen.

⁴ S. Fußnote 1.

Die Datenpunkte in den Diagrammen sind fast durchweg in der oberen Hälfte, was nahelegt, dass fast alle gesellschaftlichen Gruppen im Mittel immer noch soziokulturell progressiv sind, also LGBT-Rechten⁵, europäischer Integration und Migration eher positiv gegenüberstehen. Die einzige Gruppe, die signifikant im unteren Bereich liegt, sind die AfD-Wähler_innen (die sehr kleine Gruppe von Personen ohne sekundären Bildungsabschluss liegt nicht signifikant unter null, s.u.).

Die Produktionsarbeiter_innen erweisen sich somit zwar relativ betrachtet als die soziokulturell am wenigsten progressive Gruppe, aber absolut betrachtet sind sie im Mittel immer noch als progressiv einzustufen.

3.3 Aufgegliederte Ergebnisse mit Fehlerbalken/Konfidenzintervall

Zwar macht es für die Analyse Sinn, die Positionen zu Migration, europäischer Integration und LGBT-Rechten zu einer einzigen soziokulturellen Politikdimension zusammenzufassen, wie Oesch und Rennwald es tun; ebenso viel Sinn macht es aber zu fragen, wie sich diese drei Variablen im einzelnen Verhalten. Dies gilt umso mehr, weil insbesondere Migration und Europäisierung eindeutig ökonomische Aspekte haben, denen man durch eine Subsumption unter eine soziokulturelle Dimension kaum gerecht würde.

In den folgenden (hoffentlich nur auf den ersten Blick etwas unübersichtlichen Diagrammen) sind all diese Werte für die genannten Gruppen angeführt. Gelb gibt jeweils die Position zu Migration, Orange die zu Europäisierung und Grün die zu LGBT-Rechten an. Hinzu kommen Rot für die zusammengefasste Variable aus allen dreien und Blau für die sozioökonomische Dimension (hier aus Gründen der Darstellung invertiert, so dass positive Werte die Befürwortung von staatlicher Umverteilungspolitik indizieren). Die farbigen Balken um die Punkte geben die 95-Prozent-Konfidenzintervalle an. Das heißt, wenn nur statistische Fehler, aber keine systematischen Datenfehler vorliegen, kann man sich zu 95 Prozent sicher sein, dass der wirkliche Mittelwert im Bereich dieser Streifen liegt – je länger die Streifen, desto größer die Unsicherheit. Man sollte weniger die genaue Lage der Punkte als vielmehr die Balken als Ganze interpretieren.

In den Diagrammen zeigt sich, dass die soziokulturelle Gesamtpositionierung (rot) wie oben erwähnt nur für die AfD-Wähler_innen signifikant negativ ist. Allerdings zeigt sich bei den Produktionsarbeiter_innen auch eine signifikant negativer Wert für Migration: Die durchschnittliche Produktionsarbeiter_in findet demnach, dass Migration die nationale Kultur eher unterminiert als bereichert. (Was auch immer das bedeutet. Ich selbst wüsste nicht so recht, was ich auf eine solche Frage antworten sollte, wenn ich im ESS befragt würde. Aber ich habe auch einfach mehr über Kulturtheorie gelesen, als dass ich noch irgendetwas beantworten könnte.)

⁵ Streng genommen geht es in der Frage nur um „gays and lesbians“, aber ich gehe davon aus, dass das ein brauchbarer Proxy für LGBT-Rechte im Allgemeinen ist.

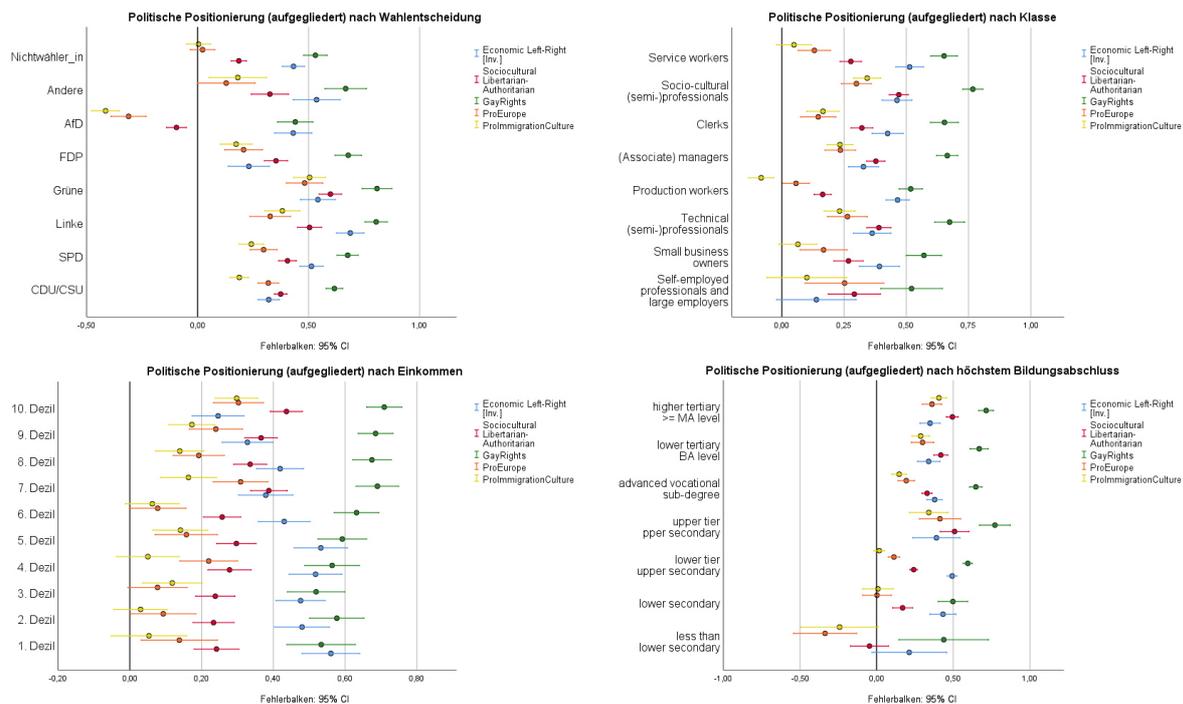


Abbildung 8: Aufgegliederte politische Positionierung für verschiedene Gruppen

Zudem zeigt sich hier, dass die positiven Werte auf der soziokulturellen Achse stark von der Befürwortung von LGBT-Rechten getragen werden, die bei allen Gruppen höher liegt als alle anderen Werte. Dies mag in Teilen auf soziale Erwünschtheit zurückzuführen sein, passt aber zu Forschungsergebnissen, denen zufolge Homophobie als Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in den letzten Jahrzehnten stark rückläufig ist. Allerdings zeigen sich auch für europäische Integration und (etwas weniger deutlich) für Migration fast durchgehend positive Werte (wenn auch nicht immer signifikant, richtiger wäre also zu sagen: keine negativen).

In Hinblick auf die SPD zeigt sich hier, was sich in der Reproduktion des X-Y-Diagramm nach Oesch und Rennwald bereits andeutete: Die Wähler_innen der Sozialdemokratie sind soziokulturell eher zentristisch und kaum progressiver eingestellt als die der Unionsparteien oder der gesellschaftliche Durchschnitt. Insofern bieten diese Daten keinen Grund zur Annahme, dass die Krise der Partei durch eine übertrieben progressive Positionierung bedingt wäre.

3.4 Aufgegliederte Ergebnisse für Einstellungen zu Migration

Runde 9 des ESS bietet eine Reihe weiterer Items zu Migration. Weil diese *das* zentrale Thema der radikalen Rechten ist, habe ich hier noch die folgenden Diagramme erstellt, in denen jeweils drei Items für Migration aufgeschlüsselt sind: neben dem bekannten, auf den kulturellen Effekt von Migration zielenden Item („Country's cultural life undermined or enriched by immigrants“, Blau) noch eines, das auf ihren ökonomischen Effekt („Immigration bad or good for country's economy“, Rot) und eines, das auf die von Immigrant_innen ausgehenden Auswirkungen auf die allgemeine Lebensqualität im Land („Immigrants make country worse or better place to live“, Grün) zielt.

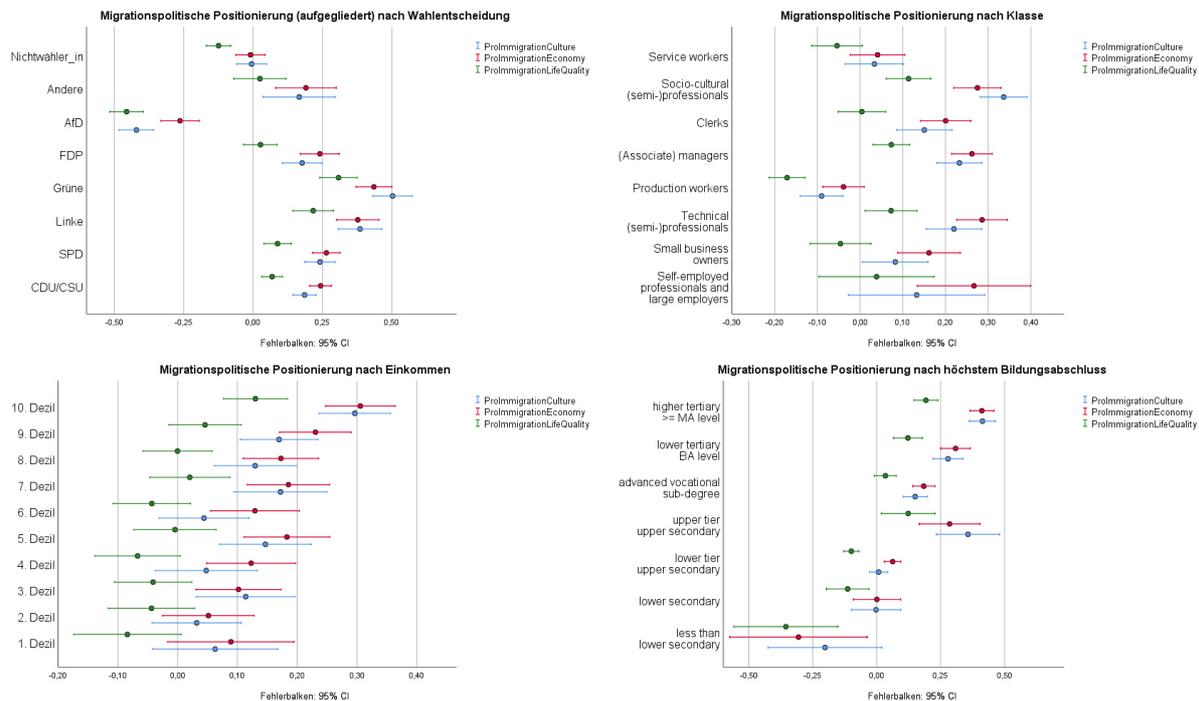


Abbildung 9: Aufgegliederte migrationspolitische Positionierung für verschiedene Gruppen

Hier zeigt sich, dass die Einschätzung der Effekte auf die allgemeine Lebensqualität fast durchwegs am wenigsten positiv und bei einigen Gruppen (AfD-Wähler_innen, Nichtwähler_innen, Produktionsarbeiter_innen, Personen mit niedrigeren bzw. ohne Bildungsabschlüsse) auch signifikant negativ ausfällt. Die Einschätzungen des ökonomischen Effekts von Migration dagegen fallen fast durchgehend am positivsten aus (bei Sociocultural Professionals, Grünen-Wähler_innen wird der kulturelle Effekt am Rande der statistischen Signifikanz noch positiver eingeschätzt als der ökonomische).

Dies ist insofern relevant, als die ökonomische Bedrohung durch migrantische Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt oft als Haupttreiber für den Erfolg der AfD angegeben wird (z.B. von Philip Manow). Jedoch zeigt sich gerade bei AfD-Wähler_innen besonders deutlich, dass diese den ökonomischen Effekt von Migration weniger negativ bewerten als den kulturellen oder den auf die allgemeine Lebensqualität. Ähnliches gilt für Produktionsarbeiter_innen, bei denen die negative Einschätzung von kulturellem und Lebensqualität-Effekt signifikant ist, die des ökonomischen Effekts aber nicht. Auch wenn die Formulierung des Items eher die Effekte auf die ökonomische Situation im Land und nicht die auf die persönliche ökonomische Situation anspricht, bleibt dies eine relevante Erkenntnis: Die Annahme, dass die Bundesrepublik ökonomisch von Migration profitiert, scheint sehr weit verbreitet.

3.5 Aufgegliederte Ergebnisse für Einstellungen zu LGBT-Rechten

Eine ähnliche Aufgliederung ist auch in Fragen von LGBT-Rechten möglich. In der folgenden Darstellung sind neben dem Bekannten Item („Gays and lesbians free to live life as they wish“, Blau) noch die Fragen aufgelistet, ob man das Adoptionrecht für gleichgeschlechtliche Paare befürwortet („Gay and lesbian couples right to adopt children“, Rot) sowie ob man sich für schwule oder lesbische Familienmitglieder schämen würde („Ashamed if close family member gay or lesbian“, Grün, positive Werte für Schamlosigkeit).

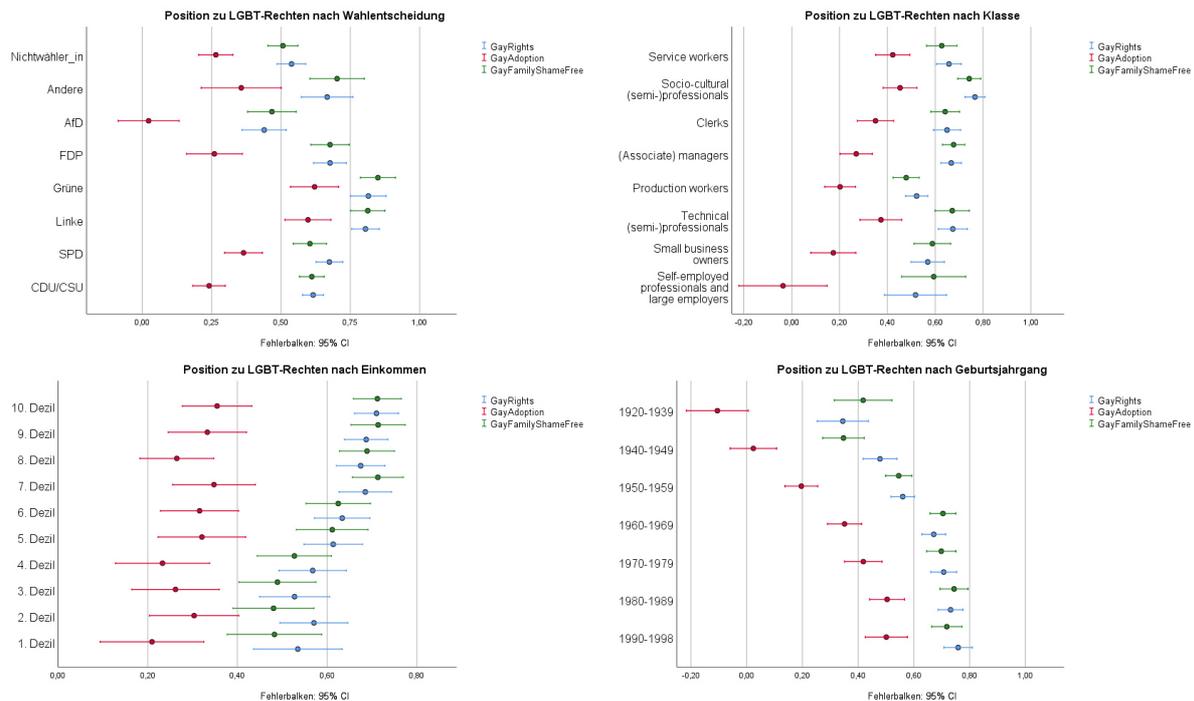


Abbildung 10: Aufgegliederte Positionierung zu LGBT-Rechten für verschiedene Gruppen

Die Ergebnisse für die Frage nach Scham über ein queeres Familienmitglied unterscheiden sich kaum von denen für das ursprüngliche Item. Anders sieht es bei der Frage nach dem Adoptionsrecht aus. Hier fällt die Zustimmung in allen Gruppen deutlich schwächer aus als bei den anderen beiden Items. Allerdings überwiegt bei fast allen Gruppen immer noch die Zustimmung. Einzig bei AfD-Wähler_innen, größeren Unternehmer_innen und Selbstständigen sowie den vor 1950 Geborenen bewegen sich die Mittelwerte im nicht signifikanten Bereich um den Nullpunkt – hier halten sich Zustimmung und Ablehnung also weitgehend die Waage.

Interessant ist darüber hinaus, dass die Items deutliche Unterschiede in Hinblick auf die Abhängigkeit vom Einkommen aufweisen: Während bei den „weicheren“ Items Personen mit höherem Einkommen signifikant toleranter sind, ist bei der Zustimmung zum Adoptionsrecht kaum ein nennenswerter Einkommenseffekt zu erkennen.

Im Panel unten rechts ist hier nicht der Bildungsstatus, sondern der Geburtsjahrgang angeführt, denn in Bezug auf LGBT-Rechte besteht eine sehr starke Altersabhängigkeit. Insbesondere das Adoptionsrecht wird von jüngeren Personen deutlich stärker befürwortet als von älteren.

3.6 Geschlechterunterschiede

In Bezug auf Geschlecht bestätigen die ESS-Daten die bekannten Zusammenhänge. Die AfD ist eine Männerpartei, die fast zwei Drittel ihrer Wähler_innen aus einem Geschlecht rekrutiert (für die FDP gilt in etwas geringerem Maße ähnliches). In Bezug auf die politische Positionierung erweisen sich Frauen in fast allen Fragen als soziokulturelle progressiver und

ökonomisch linker. Deziert geschlechterpolitische Items, die man auswerten könnte, enthält Runde 9 des ESS leider nicht.

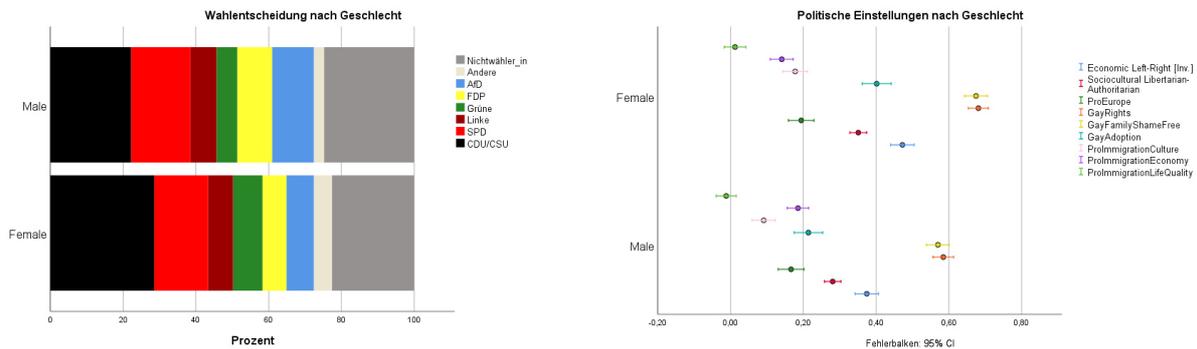


Abbildung 11: Wahlentscheidung und Positionierung nach Geschlecht

4. Ein genauerer Blick auf AfD-Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Arbeiter_innen

Die bisherigen Diagramme bezogen sich jeweils auf die gesamte wahlberechtigte Bevölkerung, in dieser letzten Abbildung sind dagegen ausschließlich die Daten für vier spezifische Teilgruppen einbezogen, um diese genauer in den Blick zu nehmen: Links oben stehen die Produktionsarbeiter_innen, rechts oben die Dienstleistungsarbeiter_innen – jeweils aufgegliedert nach ihren Wahlentscheidungen. Links unten stehen die AfD-Wähler_innen und rechts unten die Nichtwähler_innen – jeweils aufgegliedert nach ihrer Klassenzusammensetzung. Durch diese Aufgliederung werden die Fallzahlen immer geringer und die statistische Interpretation prekärer.

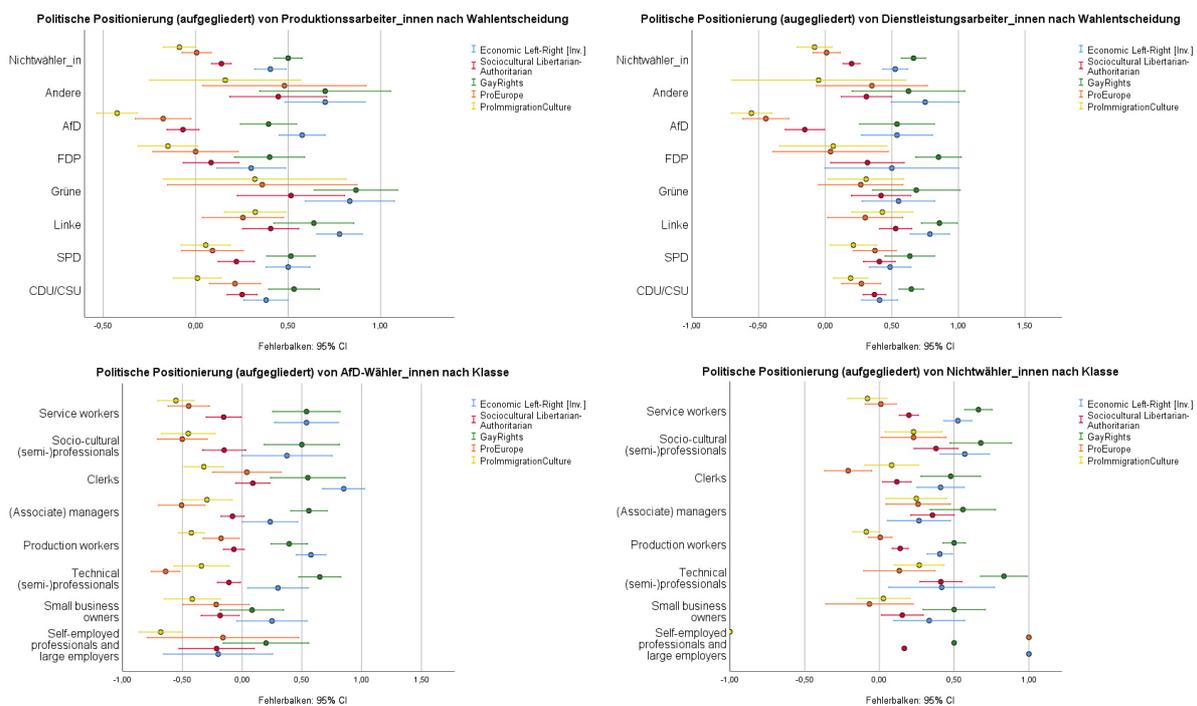


Abbildung 12: Politische Positionierungen ausgewählter Gruppen

Unter diesem Vorbehalt sei hier auf zweierlei verwiesen: Erstens zeigen sich die AfD-Wähler_innen in den soziokulturellen Einstellungen relativ homogen, in den sozioökonomischen aber heterogen: Einige sind ökonomisch signifikant „linker“ als der gesellschaftliche Mittelwert (0,42), andre signifikant „rechter“. Eine auffällig hohe Zustimmungsrates zu Umverteilungspolitik findet sich unter den AfD-Wähler_innen bei Produktionsarbeiter_innen, Dienstleistungsarbeiter_innen und Clerks. Der Mittelwert für AfD-wählende Produktionsarbeiter_innen liegt mit 0,57 signifikant über dem gesellschaftlichen Durchschnitt (0,42) und möglicherweise auch über dem Durchschnitt der Produktionarbeiter_innen insgesamt (0,47). Letzteres ist aufgrund der Fehler jedoch nicht sicher zu sagen. Zusammengenommen bilden diese drei Gruppen etwa die Hälfte der AfD-Wähler_innenschaft, also ungefähr fünf Prozent der Wahlberechtigten. Somit deutet sich an, dass es hier eine relevante Gruppe mit tendenziell autoritär-traditionell-nationalen Einstellungen gibt, die Migration stark ablehnt und staatliche Umverteilung befürwortet. Aufgrund der starken (primär kulturellen) Ablehnung von Migration ist es höchst zweifelhaft, dass diese Gruppe in absehbarer Zeit für linke Parteien ansprechbar werden könnte. Dies wäre allenfalls vorstellbar, wenn die Salienz (politische Bedeutung) von Migrationspolitik in den öffentlichen Debatten stark zurückginge, die von ökonomischen Verteilungsfragen stark zunähme.

Zweitens bleibt es auch in der Betrachtung dieser Untergruppen dabei, dass sich von den AfD-Wähler_innen abgesehen fast keine signifikant negativen Werte für soziokulturelle Variablen finden, bei den AfD-Wähler_innen aber durchgehend negative Werte für Migration. Die Positionierung der nichtwählenden Produktionsarbeiter_innen zu Migration ist an der Grenze zur negativen Signifikanz und die nichtwählenden Clerks finden im Mittel, dass die europäische Integration etwas zu weit gegangen ist.

5. Fazit und Interpretation

1. AfD-Wähler_innen zeichnen sich vor allem durch ihre traditionalistisch-autoritär-nationalistische Position aus, sind aber in ihren sozioökonomischen Einstellungen heterogen, ohne im Mittel deutlich vom gesellschaftlichen Durchschnitt abzuweichen.
2. Der Rest der Gesellschaft zeichnet sich fast durchwegs durch soziokulturell progressive (grün-alternativ-libertäre) Positionen aus.
3. Produktionsarbeiter_innen sind in soziokulturellen Fragen die am wenigsten progressive Klasse, aber absolut betrachtet nicht auf der traditionell-autoritär-nationalistischen Seite.
4. Die Daten bieten keinen Grund zur Annahme, dass viele AfD-Wähler_innen durch linke Parteien mobilisierbar wären.
5. Parteien, die sich vor allem auf das „Zurückgewinnen“ von AfD-Wähler_innen hin orientieren, richten sich nicht wie oft angenommen an der gesellschaftlichen Mehrheit aus, sondern laufen einer politisch auffälligen Minderheit hinterher.
6. Man kann tatsächlich davon sprechen, dass die linken Parteien die Zustimmung der Arbeiter_innen verloren haben; auch wählt ein relevanter Teil der Arbeiter_innen AfD. Die mit Abstand stärkste Gruppe unter den Arbeiter_innen sind jedoch die Nichtwähler_innen. Wenn linke Parteien sich heute Mühe geben wollten,

Arbeiter_innen „zurückzugewinnen“, scheint die Gruppe der Nichtwähler_innen der plausible Ansatzpunkt als die AfD-Wähler_innen. Die Nichtwähler_innen sind (ebenso wie Arbeiter_innen insgesamt) weniger progressiv als der gesellschaftliche Durchschnitt, stehen aber im Mittel immer noch nicht auf der traditionell-autoritär-nationalistischen Seite. Insofern werden sie durch eine vorrangige Betonung soziokultureller Fragen auch nur sehr bedingt ansprechbar sein – weder in die eine noch in die andere Richtung. Die Herausforderung dürfte eher darin bestehen, ihnen einen glaubwürdigen Grund zur Annahme zu bieten, dass sie sich von Politik überhaupt etwas Positives erhoffen dürfen. ([Wolfgang Menz und Sarah Nies](#) haben jüngst die These vertreten, dass Teile der Arbeiter_innen die Hoffnung verloren hätten, dass sie von staatlicher Politik noch etwas zu erhoffen hätten.)

7. Die Wähler_innen der Sozialdemokratie sind kaum progressiver als die der Union oder der gesellschaftliche Durchschnitt. Daher bieten die Daten keinen Grund zur Annahme, dass die Krise der SPD durch allzu offensiven Progressivismus in soziokulturellen Fragen bedingt wäre.